120-42-37

Arbeitsmarktzulage und Fachkräfterrichtlinie Zulagengewährung im Bereich der Ärztinnen und Ärzte im Gesundheitsamt

I. Gutachten

Auf Grund aktueller Entwicklungen, die im weiteren kurz erläutert werden, erscheint eine weitreichende Zulagengewährung im Bereich der Ärztinnen und Ärzte im Gesundheitsamt zur Aufrechterhaltung des städtischen Gesundheitswesens derzeit geboten.

1. Aktuelle Situation bei der Stadt Nürnberg

Im POA vom 06.11.2012 wurde erstmalig über das Instrument der Arbeitsmarktzulage zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften berichtet.

Aufgrund der schwierigen Gewinnungssituation bei Ärztinnen und Ärzten wurden mit Einverständnis des POA vom 22.01.2013 im Bereich des Kinder- und jugendärztlichen Dienstes erstmalig verschiedene Positionen mit Arbeitsmarktzulage ausgeschrieben. Derzeit wird zwei Fachärztinnen und einem Facharzt eine Arbeitsmarktzulage in voller Höhe (20 v. H. der Stufe 2 der jeweiligen Entgeltgruppe) gezahlt. Des Weiteren wird der Leiterin des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes für die Dauer der Aufgabenwahrnehmung eine Arbeitsmarktzulage in Höhe von 10 v. H. der Stufe 2 ihrer Entgeltgruppe gewährt.

Seit der zweiten Jahreshälfte 2018 hat sich die Situation im Bereich der Ärztinnen und Ärzte beim Gesundheitsamt nochmals drastisch verschärft.

Im Bereich „Medizinische und Trauma Fachstelle für Flüchtlinge“ wurde eine entsprechend zu besetzende Stelle im zweiten Halbjahr 2018 zweimal erfolglos ausgeschrieben. Im Rahmen einer dritten Ausschreibung wurde der Hinweis auf Gewährung einer Zulage aufgenommen. Ein Ausschreibungsergebnis liegt aktuell noch nicht vor. Auf Grund einer weiteren eingegangenen Kündigung, welche in die Ausschreibung mit aufgenommen wurde, sind bereits jetzt weitere Vakanzen in diesem Bereich absehbar.

Im Bereich „Sozialpsychiatrischer Dienst“ verliefen zwei Ausschreibungen zunächst ebenfalls erfolglos. Erst eine dritte Ausschreibung im Herbst 2018 mit dem Hinweis auf Gewährung einer Zulage verlief letztendlich erfolgreich. Eine entsprechende Einstellung (unter Gewährung einer Zulage) zum 01.04.2019 wurde getätigt.

Im Bereich „Kinder- und Jugendgesundheit“ wurde eine entsprechend vakante Stelle zuletzt viermal ohne Erfolg ausgeschrieben. Im Rahmen eines zielgruppenorientierten Personalmarketings wurde im Bereich Kinder- und Jugendärzte auch eine Programmatic-Cross-Device-Kampagne gefahren. Die Kampagne blieb jedoch ebenfalls ohne Erfolg. Im ersten Quartal 2019 wurde die Stelle daher mit dem Hinweis auf Zulagengewährung ein weiteres Mal ausgeschrieben. Hierbei zeichnet sich nunmehr eine Einstellung (unter Gewährung einer Zulage) ab. Jedoch ist auch in diesem Bereich eine weitere Kündigung eingegangen, wonach erneut Personalbedarf entsteht.

Im Jahr 2018 sind nur für Ausschreibungen für Ärztinnen und Ärzte des städtischen Gesundheitsamtes Ausschreibungskosten in Höhe von 42.700 EUR und im ersten Quartal 2019 bereits Ausschreibungskosten in Höhe von 27.400 EUR entstanden.

In allen Bereichen des Gesundheitsamtes scheiden zudem in den nächsten Jahren einige Mitarbeitende altersbedingt aus. Um den Dienstbetrieb gewährleisten zu können, konnten vorübergehend Ärztinnen und Ärzte auf freiwilliger Basis über die gesetzlich festgelegte Altersgrenze hinaus weiterbeschäftigt werden.

Seit 2013 sind insgesamt 22 Tarifbeschäftigte in diesem Bereich ausgeschieden. Davon entfallen nur 4 auf altersbedingte Gründe und zwei auf das Auslaufen befristeter Verträge. Im Jahr 2016 waren 5 Kündigungen bzw. Auflösungsverträge zu verzeichnen, 2017 waren es 3, 2018 ebenfalls 3 und 2019 liegen aktuell bereits 2 Kündigungen vor.

2. Allgemeine tarifrechtliche Situation

Im Gegensatz zu den Ausführungen aus 2012 ist die Arbeitsmarktzulage mittlerweile nicht mehr auf bestimmte Bereiche begrenzt, sondern weiter gefasst. Der Kommunale Arbeitgeberverband Bayern (KAV) hat am 29.07.2014 folgenden Beschluss zur Arbeitsmarktzulage gefasst:

„Soweit es zur Deckung des Personalbedarfs oder zur Bindung von qualifizierten Fachkräften im Einzelfall erforderlich ist, kann Beschäftigten nach freiem Ermessen zusätzlich zu dem ihnen zustehenden Entgelt eine widerrufliche Zulage i. H. v. bis zu 20 v. H. der Stufe 2 ihrer jeweiligen Entgeltgruppe gezahlt werden. Die Zulage kann befristet werden.“

Zudem ist nach der Arbeitgeberrichtlinie der VKA zur Gewinnung und zur Bindung von Fachkräften (Fachkräfte-Richtlinie) vom 11. November 2011 in der Fassung vom 17. April 2018 die Möglichkeit eröffnet, Beschäftigten ab der EG 9a, wenn sie eine Fachhochschul- oder Hochschulausbildung absolviert haben, im begründeten Einzelfall eine Zulage von bis zu 1.000 Euro zu zahlen. Die Richtlinie hat derzeit eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2020.

Die kumulative Anwendung der Arbeitsmarktzulage sowie der Zulage nach der Fachkräfte-Richtlinie ist möglich.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass die Arbeitgeberrichtlinie zur Gewinnung und Bindung der Fachärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst (Fachärzte-ÖGD-Richtlinie) vom 29. März 2012 in der Fassung vom 11. November 2016 mit einer eigenständigen Option zur Zulagengewährung zum 31. Dezember 2018 außer Kraft getreten ist.

3. Bewertung der aktuellen Situation und mögliche Problemlagen

Auf Grund o. g. Erfahrungen zeichnet sich ab, dass ohne Zulagengewährung die derzeit vakanten bzw. künftig vakant werdenden Stellen nicht besetzt werden können bzw. in der Vergangenheit nicht besetzt werden konnten. Da bereits einigen Ärztinnen und Ärzten Zulagen gezahlt werden bzw. dies bei zukünftigen Einstellungen nicht zu vermeiden sein wird, ergibt sich innerhalb der Berufsgruppe eine nicht weiter vertretbare Ungleichheit. Folge ist eine große Unzufriedenheit innerhalb der Mitarbeitengruppe sowie die konkrete Gefahr weiterer Kündigungen. Im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens handelt es sich zweifelsohne um einen Bewerbermarkt. Zudem ist der zwischen der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) und dem Marburger Bund geschlossene Tarifvertrag für Ärztin-

nen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern (TV-Ärzte/VKA) finanziell wesentlich reizvoller mit Einkommensunterschieden bei vergleichbarer Tätigkeit in Höhe von bis zu 1.000 EUR monatlich. Eine Anwendung des TV-Ärzte/VKA für Ärztinnen und Ärzte im städtischen Gesundheitswesen scheidet auf Grund einer fehlenden tarifrechtlichen Grundlage derzeit aus. Im Rahmen künftiger Tarifverhandlungen sollte dies jedoch neu verhandelt werden. In den laufenden Tarifverhandlungen zwischen der VKA und dem Marburger Bund besteht daher auch ein entsprechender Verhandlungsauftrag für den kommunalen öffentlichen Gesundheitsdienst im Bereich der VKA. Der Ausgang ist derzeit noch völlig offen.

Für verbeamtete Ärztinnen und Ärzte besteht auf Grund fehlender gesetzlicher Grundlage im Bayerischen Besoldungsgesetz absehbar keine Möglichkeit der Zulagengewährung. Hiervon betroffen sind derzeit drei verbeamtete Fachärztinnen im Gesundheitsamt.

Die Zulagengewährung in Form einer Arbeitsmarktzulage bzw. einer Zulage entsprechend der Fachkräfte-Richtlinie soll innerhalb der Stadtverwaltung Nürnberg zum jetzigen Stand auch weiterhin nur auf den Bereich der Ärztinnen und Ärzte im Gesundheitsamt begrenzt werden. Es handelt sich hierbei um eine klar abgegrenzte Mitarbeitendengruppe im Umfang von ca. 20 Vollkraftanteilen. Im Gegensatz zu anderen Bereichen der Stadtverwaltung scheiden hier als mögliche Alternativen zur Zulagengewährung insbesondere ein Ausweichen auf besser verfügbare vergleichbare Berufs- bzw. Studienrichtungen bzw. externe Vergabemöglichkeiten im größeren Umfang aus.

Eine weitere Besonderheit ergibt sich zudem im Stellengefüge. Im Gegensatz zu anderen Bereichen der Stadtverwaltung sind im Bereich der Fachärzte Führungspositionen (d.h. Sachgebiets- und Bereichsleitungen) und Mitarbeitendenstellen der gleichen Entgeltgruppe (EGr. 15 TVöD) zugeordnet. In Folge dessen besteht kein finanzieller Anreiz zur Übernahme einer Führungsposition.

4. Lösungsvorschlag

Es wird daher nachfolgendes Zulagenkonzept vorgeschlagen:

	Entgeltgruppe	Arbeitsmarktzulage	Fachkräftezulage
Arzt ohne Facharztbezeichnung	EGr. 14 TVöD	20 v. H. der Stufe 2 aus EGr. 14 TVöD (in Vollzeit: 931,08 EUR)	nein
Facharzt	EGr. 15 TVöD	20 v. H. der Stufe 2 aus EGr. 15 TVöD (in Vollzeit: 1.188,77 EUR)	nein
Facharzt mit Sachgebietsleitung	EGr. 15 TVöD	20 v. H. der Stufe 2 aus EGr. 15 TVöD (in Vollzeit: 1.188,77 EUR)	250 EUR (Festvergütung)
Facharzt mit Bereichsleitung	EGr. 15 TVöD	20 v. H. der Stufe 2 aus EGr. 15 TVöD (in Vollzeit: 1.188,77 EUR)	500 EUR (Festvergütung)

Die Gewährung beider Zulagen erfolgt anteilig entsprechend der persönlichen Arbeitszeit. Sowohl die Arbeitsmarktzulage als auch die Zulage entsprechend der Fachkräfte richtlinie wird zunächst befristet bis zu einer tarifrechtlichen Neuregelung zur Vergütung bzw. Eingruppierung für Ärztinnen und Ärzte im kommunalen öffentlichen Gesundheitsdienst gewährt, derzeit jedoch längstens bis 31.12.2022.

Die finanziellen Auswirkungen werden zum derzeitigen Stand mit Mehrkosten von ca. 325.000 EUR pro Jahr beziffert.

Sofern es zu keiner tarifrechtlichen Neuregelung kommen sollte, wird die Situation bis 31.12.2021 evaluiert und überprüft sowie über eine Verlängerung der Zulagen entschieden.

5. Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird ermächtigt, o. g. Zulagenkonzept für den Bereich der Ärztinnen und Ärzte im Gesundheitsamt ab 01.06.2019 entsprechend umzusetzen.

Die Gewährung beider Zulagen erfolgt anteilig entsprechend der persönlichen Arbeitszeit. Sowohl die Arbeitsmarktzulage als auch die Zulage entsprechend der Fachkräftenrichtlinie wird zunächst befristet bis zu einer tarifrechtlichen Neuregelung zur Vergütung bzw. Eingruppierung für Ärztinnen und Ärzte im kommunalen öffentlichen Gesundheitsdienst gewährt, derzeit jedoch längstens bis 31.12.2022.

II. Herrn Ref. I/II

III. PR Ref. III
GPR

IV. PA

V. Ref. I//IPOA

Nürnberg, 09.04.2019
Personalamt

(2309)

Abdruck
DIP
Stk